



Schluss mit dem Wortbruch – #Hauptstadtzulage auch für Freie Träger!

Noch immer gibt es zur Hauptstadtzulage für Freie Träger keine befriedigende Lösung seitens des Senats – trotz zahlreicher Solidaritätsbekundungen und Absichtserklärungen verschiedener Parteien. Auch auf unsere Demonstration am 19. März vor dem Roten Rathaus und der Senatsverwaltung für Finanzen mit rund 1.200 AWO-Beschäftigten erfolgte keine Reaktion. Der Wortbruch und damit die Ungleichbehandlung der Mitarbeitenden Freier Träger gegenüber den Landesbeschäftigten bleibt.

Diese Ungleichbehandlung muss jetzt beendet werden! Deshalb fordern wir eine sofortige Umsetzung der Hauptstadtzulage auch für die Mitarbeitenden Freier Träger. Der Berliner Senat muss seine Zusagen einhalten – Entschuldigungen helfen beim aktuellen Fachkräftemangel längst nicht mehr weiter!

Unsere Beschäftigten leisten hoch engagiert die gleiche Arbeit wie die Landesbeschäftigten – und sehen sich mit denselben Herausforderungen wie hohe Mieten, gestiegene Lebenshaltungskosten, Inflation etc. konfrontiert. Es ist nicht vermittel- und auch nicht nachvollziehbar, wieso sie dann nicht auch die Hauptstadtzulage erhalten sollen. Deshalb appellieren wir an Sie: Unterstützen Sie uns im Einsatz für Gerechtigkeit und setzen Sie sich im Senat und in Ihrer Partei für eine Hauptstadtzulage für ALLE ein!

Uns allen ist es gerade in diesen unruhigen Zeiten wichtig, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass diejenigen, die Tag für Tag zu dieser Stärkung beitragen, gerecht behandelt werden.

